



HESSEN



Bericht aus Brüssel

14/2024 vom 12.07.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	9
Energie.....	10
Digital.....	10
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	13
Finanzen.....	14
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	15
Umwelt.....	18
Landwirtschaft.....	19
Justiz.....	20
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	25
EU-Förderprogramme.....	25
Veranstaltungen.....	26
Vorschau.....	27

Kommission; Umfrage: Jüdische Menschen in Europa mit wachsendem Antisemitismus konfrontiert

Aus der neusten Erhebung der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) geht hervor, dass Antisemitismus in der EU weiterhin ein Problem darstellt: Demnach sind 80% der Befragten der Auffassung, dass der Antisemitismus in ihrem Land in den fünf Jahren vor der Erhebung gestiegen ist, in DEU sind es 86%. Rund ein Drittel der Befragten (37%) gab an, im Jahr vor der Erhebung aufgrund ihrer jüdischen Identität belästigt worden zu sein. DEU lag mit 43% auch hier über dem Durchschnitt. Die Erhebung wurde vor den Angriffen der Hamas am 07.10.2023 und der militärischen Reaktion Israels in Gaza durchgeführt. Der Bericht enthält jedoch Informationen zu Antisemitismus, die in jüngerer Zeit von 12 Organisationen der jüdischen Gemeinschaft erhoben wurden. Jüdische Menschen haben seit Oktober 2023 mehr antisemitische Vorfälle erleben müssen. Manche Organisationen melden einen Anstieg von über 400%. Die Erhebung verzeichnet ein hohes Maß an Antisemitismus im Internet. So waren 90% der Befragten im Jahr vor der Umfrage online mit Antisemitismus konfrontiert. Im Jahr vor der Erhebung wurden 56% der Befragten offline von Bekannten mit Antisemitismus konfrontiert, und 51% stießen in den Medien auf antisemitische Inhalte. Die meisten erfuhren mehrfach Belästigungen. Antisemitische Belästigung und Gewalt finden meist auf Straßen, in Parks oder in Geschäften statt. Die meisten Befragten machen sich nach wie vor Sorgen um ihre eigene Sicherheit (53%) und die Sicherheit ihrer Familie (60%). Laut der FRA nimmt Antisemitismus in Zeiten von Spannungen im Nahen Osten tendenziell zu. In dieser Umfrage gaben 75% der Befragten an, dass sie für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden, weil sie jüdisch sind. 76% gaben an, dass sie ihre jüdische Identität zumindest gelegentlich verbergen. 34% meiden jüdische Veranstaltungen oder Orte, weil sie sich nicht sicher fühlen. Als Reaktion auf Online-Antisemitismus vermeiden 24% Inhalte zu veröffentlichen, die Rückschlüsse bezüglich ihrer jüdischen Identität ermöglichen würden. 23% gaben an, sich weniger aktiv an Diskussionen im Internet zu beteiligen. 16% schränkten ihre Nutzung bestimmter Plattformen, Websites oder Dienstleistungen ein.

[Jüdische Menschen sind in Europa nach wie vor mit Antisemitismus gefährlichen Ausmaßes konfrontiert | European Union Agency for Fundamental Rights](#)

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Neue restriktive Maßnahmen der EU gegen Belarus

Der Rat hat am 29.06.2024 neue restriktive Maßnahmen angenommen, die auf die belarussische Wirtschaft abzielen. Grund dafür ist die Beteiligung des Regimes am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollen mehrere der bereits geltenden restriktiven Maßnahmen gegen Russland jetzt auch gegen Belarus umgesetzt werden. Damit soll vermieden werden, dass die enge Integration zwischen der russischen und der belarussischen Wirtschaft genutzt wird, um Sanktionen zu umgehen. Die vereinbarten Maßnahmen sollen sich auf verschiedene Sektoren der belarussischen Wirtschaft auswirken und betreffen Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Umgehungspraktiken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/06/29/belarus-involvement-in-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-new-eu-restrictive-measures-target-trade-services-transport-and-anti-circumvention/>

Kommission; Äußerungen zum Besuch von Premierminister Orbán in Moskau

Am 05.07.2024 äußerte sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell anlässlich des Besuchs des ungarischen Premierministers Viktor Orbán in Moskau. Sie bekräftigten die Position der EU zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Appeasement werde Putin nicht aufhalten, so von der Leyen. Nur Einigkeit und Entschlossenheit würde den Weg zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine ebnen. Borrell verwies in seiner Erklärung darauf, dass der Besuch Orbáns ausschließlich im Rahmen der bilateralen Beziehungen zwischen HUN und Russland stattfinde. Die Position der EU schließe offizielle Kontakte zwischen der EU und Präsident Putin aus.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommissionsprasidentin-von-der-leyen-zum-besuch-von-premierminister-orban-moskau-appeasement-wird-2024-07-05_de

Kommission; Investitionspaket für den Westbalkan

Die Kommission hat am 02.07.2024 ein weiteres Investitionspaket im Rahmen der EU-Wirtschafts- und Investitionsoffensive für den westlichen Balkan angekündigt, mit dem 1,2 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen. Die neuen Projekte fallen unter drei Prioritäten des Wirtschafts- und Investitionsplans für den Westbalkan: Umwelt und Klima (Wiederaufbau und Sanierung der Infrastruktur für die Wasser- und Sanitärversorgung in Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina); Nachhaltiger Verkehr (Ausbau der Eisenbahninfrastruktur des Korridors X mit der Hochgeschwindigkeitsverbindung Belgrad-Velika-Plana, die einen schnelleren Personen- und Güterverkehr in der Region ermöglichen soll) und Unterstützung des Unternehmenssektors (Einrichtung einer neuen Fazilität für Innovation und ökologischen Wandel der Unternehmen in der Region). Der Wirtschafts- und Investitionsplan der EU für den Westbalkan (2021-2027) zielt als Teil der Global-Gateway-Initiative darauf ab, die langfristige Erholung anzukurbeln, den ökologischen und den digitalen Wandel zu beschleunigen und gleichzeitig die regionale Zusammenarbeit und Konvergenz mit der EU zu fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3586

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Konstituierung der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer

Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (ECR) hat sich am 03.07.2024 im EP konstituiert. Nicola Procaccini (Fratelli d'Italia/ITL) und Joachim Brudziński (PiS/POL) wurden zu Ko-Vorsitzenden gewählt. Assita Kanko (N-VA/BEL), Alexandr Vondra (ODS/CZR) und Charlie Weimers (Sverigedemokraterna/SWE) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, während Denis Nesci (Fratelli d'Italia/ITL) und Kosma Złotowski (PiS/POL) zu Ko-Schatzmeistern gewählt wurden. Die ECR begrüßte auch den unabhängigen MdEP Jaak Madison (EST). Damit steigt die Zahl der MdEP in der Fraktion auf 78.

Konstituierung der Fraktion Die Linke

Der Fraktion Die Linke gehören unmittelbar nach der Europawahl 2024 39 Abgeordnete verschiedener linker, sozialistischer und kommunistischer Parteien an. Die acht MdEP der Fünf-Sterne-Bewegung aus ITL traten am 04.07.2024 der Fraktion der Linken bei. Es wurde eine sechsmonatige Probezeit vereinbart. Damit steigt die Anzahl der MdEP der Linken von 39 auf 47. Zur Konstituierung der Fraktion nach der Europawahl 2024 bestätigten die Fraktionsmitglieder am 03.07.2024 die bisherigen

Ko-Fraktionsvorsitzenden MdEP Manon Aubry (FRA) und MdEP Martin Schirdewan (DEU). Darüber hinaus wählten sie Kostas Arvanitis (GRI), Marc Botenga (BEL), Hanna Gedin (SWE) und Irene Montero (ESP) zu stellvertretenden Vorsitzenden. Zur Halbzeit der Legislatur soll Arvanitis den Vorsitz neben Aubry übernehmen und Schirdewan zurücktreten.

Konstituierung der Fraktion Patrioten für Europa

Die Fraktion Patrioten für Europa wurde am 08.07.2024 im EP gegründet. Mit 84 MdEP ist sie die drittgrößte Fraktion im EP. Die neu gegründete Fraktion hat die Nachfolge der früheren Fraktion Identität und Demokratie (ID) angetreten, die sich in der Folge aufgelöst hat. Der Rassemblement National (RN) aus FRA wird mit dreißig MdEP die größte Delegation innerhalb der Patrioten für Europa stellen. Es folgen Orbáns Fidesz aus HUN mit zehn MdEP, Matteo Salvini's Lega aus ITL mit acht und Andrej Babiš' ANO aus CZR mit sieben MdEP. Weitere nationale Delegationen sind die Freiheitliche Partei (FPÖ) aus AUT, die Vox aus ESP und die PVV aus NDL mit jeweils sechs MdEP. Die Gruppe umfasst auch drei MdEP des flämischen Vlaams Belang aus BEL, zwei von der Partei Chega! aus PTL und einen von der Volkspartei aus DNK, insgesamt 84 MdEP. Der RN-Vorsitzende Jordan Bardella (FRA) wurde zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt.

Konstituierung der Fraktion Europa der Souveränen Nationen

Am 10.07.2024 wurde im EP die Fraktion Europa der Souveränen Nationen gegründet. Die „Souveränisten“ sind die dritte Fraktion rechts von der EVP im EP. Die neue Fraktion wird zahlenmäßig von den 14 MdEP der AfD-Delegation angeführt, gefolgt von kleineren Delegationen aus sieben anderen Nationen, sodass die Gesamtzahl der MdEP 25 beträgt. Nächstgrößere Delegationen nach der AfD sind die Konfederacja aus POL und die Partei Wasraschdane (Wiedergeburt) aus BUL mit jeweils drei MdEP. Außerdem mit jeweils einem MdEP vertreten sind die Partei Reconquête (Rückeroberung) aus FRA, die Partei für Freiheit und direkte Demokratie aus CZR, Mi Hazánk Mozgalom (Unsere Heimat) aus HUN, die Partei Republika aus der SLO sowie die Union für Volk und Gerechtigkeit aus LIT. An der Spitze der neuen Fraktion stehen MdEP René Aust von der AfD sowie Stanisław Tyszka von der Konfederacja.

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 03.07.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmen statt: „Schaffung eines gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraums“ sowie „ein gerechter Übergang für alle Regionen der EU“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, bei der niemand zurückgelassen wird – Reaktion des AdR auf den 9. Kohäsionsbericht, den Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik und die Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Kohäsionspolitik“, „EU-Haushalt und ortsbezogene Maßnahmen: Vorschläge für neue Gestaltungs- und Umsetzungsmechanismen im MFR nach 2027“, „Beseitigung der Hindernisse für die Zusammenarbeit der Notdienste in den EU-Grenzregionen“ sowie „volle Ausschöpfung des Potenzials der Kohäsionspolitik zur Bewältigung des demografischen Wandels“.

<https://mepportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206445&meetingSessionId=2259054>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 04.07.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fanden Abstimmungen zu folgenden Stellungnahmen statt: „Halbzeitüberprüfung des Europäischen Aufbauplans für die Zeit nach der COVID-19-Krise“ sowie „Europas Regionen gegen Schocks wappnen: Stärkung der lokalen und regionalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit bei der strategischen Entwicklung des Binnenmarkts“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Vorschlag für eine Verordnung über die Überprüfung ausländischer Investitionen in der Union“, „eine starke europäische Verteidigungsindustrie“, „die Zukunft des Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit der EU“ sowie „Unterstützung von KMU in regionalen Wertschöpfungsketten – Förderung der Lokalwirtschaft“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206479&meetingSessionId=2259088>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 08.07.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand ein Meinungs austausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „Umsetzung der EU-Strategie mit Afrika durch die Regionen und Gemeinden“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2210104&meetingSessionId=2263449>

Wirtschaft

Rat; Verabschiedung von Schlussfolgerungen zur öffentlichen Entwicklungshilfe

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten hat am 24.06.2024 „Schlussfolgerungen zum Jahresbericht an den Europäischen Rat zu den Entwicklungshilfezielen der EU im 13. Jahresbericht“ angenommen. Die Summe der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA), herausgegeben von den Mitgliedstaaten, betrug im Jahr 2023 95,9 Mrd. EUR. Dies entspricht 0,57% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU. Hiermit bleiben die Mitgliedstaaten weiterhin größter ODA-Geber weltweit.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/06/24/>

Kommission; Verfahren gegen Apple wegen In-App-Zahlungssystemen eingestellt

Die Kommission hat am 24.06.2024 beschlossen, die kartellrechtliche Untersuchung wegen mutmaßlich wettbewerbswidrigen Verhaltens des Unternehmens Apple einzustellen. Der Beschluss die Untersuchung einzustellen folgte der Einstufung des Unternehmens als Gatekeeper in Bezug auf seinen App Store. Der Beschluss betrifft nicht die beiden anderen kartellrechtlichen Untersuchungen, die speziell Musik-Streaming und E-Books/Hörbücher betreffen.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/AT.40716>

Rat; Zweite Tranche an Beiträgen zum Europäischen Entwicklungsfonds

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten beschloss am 25.06.2024 die Beiträge zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) der zweiten Tranche 2024 auf 500 Mio. EUR festzusetzen. Davon gehen 400 Mio. EUR an die Kommission und 100 Mio. EUR an

die Europäische Investitionsbank (EIB). Der Beitrag DEU für die zweite Tranche zum EEF liegt bei rund 103 Mio. EUR, davon rund 82 Mio. EUR für die Kommission und rund 21 Mio. EUR für die EIB.

eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401798

Kommission; Kartellverfahren gegen das Unternehmen Microsoft wegen Teams

Die Kommission hat am 25.06.2024 Microsoft über ihre derzeitige Auffassung, das Unternehmen könnte gegen die EU-Kartellvorschriften verstoßen, informiert. Kritisiert wird die Kopplung des Kommunikations- und Kooperationsprogramms „Teams“ an seine weitgenutzten Produktivitätsanwendungen, die in seinen Programmpaketen Office 365 und Microsoft 365 enthalten sind. Die Kommission stellte vorläufig fest, dass Microsoft auf dem Markt für Software-Vertrieb als Dienstleistung für gewerbliche Nutzer weltweit eine beherrschende Stellung einnimmt. Die Beteiligten können aufgrund dieser Mitteilung nun verschiedene Verfahrensmaßnahmen ergreifen, um Vertretern der Kommission und der nationalen Wettbewerbsbehörden ihren Standpunkt darzulegen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kartellvorschriften-kommission-ubermittelt-microsoft-mitteilung-der-beschwerdepunkte-wegen-2024-06-25_de

Rat; Verhandlungsmandat über Zwangslizenzen angenommen

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 26.06.2024 das Verhandlungsmandat zu Zwangslizenzen angenommen. Zwangslizenzen erlauben es Regierungen in Krisensituationen, das Recht des geistigen Eigentums vorübergehend auszusetzen, was zum besseren Krisenmanagement beitragen kann. Im Falle von Lieferengpässen bei Schlüsselprodukten können Regierungen Dritte mit der Herstellung solcher Produkte beauftragen, um die benötigten Mengen herzustellen. Derzeit werden Zwangslizenzierungsmechanismen auf nationaler Ebene geregelt. Das soll geändert werden, um EU-weite Zwangslizenzen zu ermöglichen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11613-2024-INIT/en/pdf>

Kommission; öffentliche Konsultation zu künftigen EU-Vorschriften zur grenzüberschreitenden Autovermietung

Die Kommission hat am 01.07.2024 eine öffentliche Konsultation über einen Vorschlag für eine Verordnung zur grenzüberschreitenden Autovermietung gestartet. Ziel dieser Initiative ist es, Auslandsfahrten mit Mietwagen in andere Mitgliedstaaten für Privatpersonen zu erleichtern, indem EU-Mindestvorschriften für die Zulassung, die grenzüberschreitende Nutzung und die Rückgabe von Mietwagen festgelegt werden. Die Frist für Rückmeldungen läuft bis zum 23.09.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13461-Mit-dem-Mietwagen-ins-EU-Aus-land-Vorschriften_de

Kommission; Lufthansa AG darf große Anteile von ITA Airways aus ITL übernehmen

Mit Beschluss vom 03.07.2024 hat die Kommission der Übernahme der ITA Airways aus ITL durch die Lufthansa nach der EU-Fusionskontrollverordnung zugestimmt. Die Lufthansa darf 41% der ITL Anteile übernehmen. Aufgrund von Bedenken zu der aus der Übernahme hervorgehenden verringerten Konkurrenz bei Kurz- und Langstreckenflügen, hier ganz spezifisch die dominierende Stellung der ITA am Flughafen Milan-Linate, wurde das Vorhaben geprüft. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Übernahme nur nach Erbringen eines Pakets an Abhilfemaßnahmen zulässig ist. Die Lufthansa hat sich daher zu mehreren Abhilfemaßnahmen verpflichtet.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11071>

Kommission; Vorlage des Jahresberichts 2023/2024 zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Die Kommission hat am 04.07.2024 ihren Jahresbericht 2023/2024 über den Zustand der KMU in der EU veröffentlicht. Der Bericht beleuchtet die aktuelle Entwicklung der rund 25,8 Millionen KMU in der EU, ihre Struktur sowie ihre Bedeutung für die europäische Wirtschaft. Laut Bericht befinden sich die KMU auf Wachstumskurs. Zwischen 2021 und 2023 sei die reale Wertschöpfung der KMU um 4,5%, die Anzahl der Beschäftigten um 4,8% und die absolute Anzahl der Unternehmen um 5,4% gestiegen. Laut Bericht stehen KMU aber weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen, so unter anderem durch den Anstieg der Energiekosten sowie die Unterbrechung der globalen Lieferketten durch den Ukraine-Krieg. Der Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft stelle die Unternehmen ebenso vor große Herausforderungen.

<https://single-market-economy.ec.europa.eu>

Kommission, Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung über bestimmte Bauprodukte

Die Kommission hat am 04.07.2024 den Entwurf einer delegierten Verordnung über Schwellenwerte und Klassen für permanente Anschlagereinrichtungen und Sicherheitshaken für Bauprodukte bis zum 01.08.2024 zur Konsultation gestellt. Im Entwurf werden Schwellenwerte und Klassen für diese Bauprodukte festgelegt, die vom Hersteller beim Inverkehrbringen der Produkte anzugeben sind. Grundlage für den Entwurf ist die EU-Verordnung zur Vermarktung von Bauprodukten aus 2021, in der die Bedingungen für die Anwendung der harmonisierten Norm (CE-Kennzeichnung) festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14104-Bauprodukte-permanente-An-schlageinrichtungen-und-Sicherheitshaken-Schwellenwerte-und-Klassen_de

Kommission; Einfuhrzölle auf Elektrofahrzeuge aus China

Die Kommission hat am 04.07.2024 die Einführung vorläufiger Einfuhrzölle auf die Einfuhren batteriebetriebener Elektrofahrzeuge aus China beschlossen, um unfaire Wettbewerbsbedingungen für chinesische Unternehmen durch staatliche chinesische Subventionierungen auszugleichen und europäische Produzenten wettbewerbsfähig zu halten. Die Entscheidung basiert auf vorausgegangenen umfangreichen Untersuchungen der Kommission. Diese vorläufigen Zölle gelten ab 05.07.2024 für höchstens vier Monate.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3630

Kommission; Prüfung der deutschen Corona-Beihilfen für die Lufthansa AG

Die Kommission hat am 08.07.2024 eine eingehende Untersuchung der Staatshilfe (6 Mrd. EUR) für die Lufthansa eingeleitet. Diese war von der Kommission mit Beschluss vom 25.06.2020 auf der Grundlage des „Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen“ im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gebilligt worden. Das Gericht der EU hatte allerdings mit Urteil vom 10.05.2023 den Beschluss der Kommission für nichtig erklärt. Daher hat die Kommission die o.a. Überprüfung eingeleitet. DEU und andere Beteiligte erhalten damit die Gelegenheit zur Stellungnahme.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/lufthansa-beihilfe-eu-kommission-leitet-eingehende-prufung-ein-2024-07-08_de

EuRH; Analyse zu den Kohäsionsausgaben 2014 bis 2020

Der EuRH veröffentlichte am 08.07.2024 eine „Analyse über den Zuverlässigkeitsrahmen und die wichtigsten Faktoren, die zu Fehlern bei den

Kohäsionsausgaben im Zeitraum 2014–2020 beigetragen haben“. Der EuRH kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl jährlich gesehen als auch bei einer mehrjährigen Betrachtung, Fehlerquoten oberhalb der Wesentlichkeitsschwelle (festgelegte Obergrenze für Fehlverteilungen) von 2% liegen. Er ist der Ansicht, dass die Kommission ihre Fehlerquote zu niedrig berechnet. Der EuRH sieht Raum für Verbesserung in allen Kontrollinstanzen und warnt vor den Folgen hoher Fehlverteilungen. Die Analyse soll u.a. Erkenntnisse liefern, die für die Ausarbeitung des Legislativvorschlags für die Kohäsionspolitik nach 2027 herangezogen werden können.

https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/RV-2024-03/RV-2024-03_DE.pdf

Kommission; EU-Türkei Handelspartnerschaft

Am 08.07.2024 trafen sich Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis und der türkische Wirtschaftsminister Ömer Bolat in Brüssel. Die Türkei ist ein wichtiger Handelspartner der EU. Das Treffen zielte darauf ab, den derzeitigen Handel weiter auszubauen. Es wurden gegenwärtige Hindernisse adressiert und Bereiche für mehr Kooperation identifiziert. Das Treffen fand vor dem Hintergrund der gemeinsamen Erklärung an den Rat bezüglich des aktuellen Stands der politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen EU-Türkei Beziehungen vom 29.11.2023 und der jüngsten Schlussfolgerung des Rates zur Türkei vom 17.04.2024 statt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_3684

Rat; Informelle Ministertagung zum Thema Wettbewerbsfähigkeit

Auf der Sitzung des informellen Wettbewerbsfähigkeitsrats am 08./09.07.2024 in Budapest wurde über die derzeitigen Hürden für die europäische Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Besonders im Fokus standen die aktuellen Schwierigkeiten der Autoindustrie bei der Transformation zur Elektromobilität mitzuhalten und Probleme bei der Anwendung Künstlicher Intelligenz.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2024/07/08-09/>

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zu den Bestimmungen der CO2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen

Die Kommission stellte für die Zeit vom 04.07. bis 01.08.2024 den Entwurf einer Verordnung über aktualisierte Vorschriften zur Bestimmung der CO2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen zur Konsultation. Grundlage ist die Verordnung (EU) 2017/2400 hinsichtlich der Bestimmung der CO2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen. Mit diesem Vorschlag soll die Methode geändert werden, um mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge und andere neue Technologien einzubeziehen und bestehende Verfahren zu verbessern.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14235-Bestimmung-der-CO2-Emissionen-und-des-Kraftstoffverbrauchs-schwerer-Nutzfahrzeuge-aktualisierte-Vorschriften_de

Energie

Kommission; Beihilferegulung für energieintensive Unternehmen in DEU geändert

Die Kommission hat am 02.07.2024 Änderungen an der Beihilferegulung genehmigt, mit der bestimmte energieintensive Unternehmen in DEU im Rahmen des Emissionshandelssystems (EHS) für höhere Strompreise in Teilen entschädigt werden, die sich aus den Auswirkungen der CO₂-Preise auf die Stromkosten ergeben. Im Rahmen der Regelung wird berechtigten Unternehmen im Ausgleich durch anteilige Erstattung der zwischen 2021 und 2030 angefallenen Kosten gewährt. Begrenzungen des Beihilfehöchstbetrags werden gestrichen. Die Fördermittel werden deshalb um 5 Mrd. EUR aufgestockt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/entschadigung-energieintensiver-unternehmen-kommission-genehmigt-anderungen-der-deutschen-2024-07-02_de

Eurostat; EU-Einfuhren von Energieerzeugnissen gehen weiter zurück

Laut Eurostat vom 02.07.2024 wurden im ersten Quartal 2024 Energieprodukte im Wert von 95,5 Mrd. EUR importiert, was insgesamt 183,8 Mio. Tonnen entspricht. Im Vergleich zum gleichen Quartal 2023 gingen die Importe sowohl wertmäßig (-26,4%) als auch in der Nettomasse (-10,4%) zurück. Der Wert des importierten Erdgases in gasförmigem Zustand sank im ersten Quartal 2024 im Vergleich zum gleichen Quartal 2023 um 56,8%, während die Menge um 11,7% zurückging. Im ersten Quartal 2024 stammten die meisten EU-Erdölimporte aus den USA (17,1%), Norwegen (13,6%) und Kasachstan (10,9%). Fast die Hälfte des Erdgases in gasförmigem Zustand kam aus Norwegen (46,6%). Algerien folgte mit 19,7% vor Russland mit 17,3%. Die USA lieferten fast die Hälfte des importierten Flüssigerdgases (47,4%), vor Russland (17,7%) und Algerien (9,9%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240701-1>

Eurostat; Sinkende Marktanteile der größten EU-Energieunternehmen

Laut Eurostat vom 02.07.2024 verzeichneten im Jahr 2022 die größten Strom- und Gaserzeuger in vielen Mitgliedstaaten einen Rückgang ihres Marktanteils, was den zunehmenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt im Vergleich zu 2021 verdeutlicht.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240702-1>

Digital

Kommission; Werbemodell von Meta wird als DMA-Verstoß eingeschätzt

Die Kommission hat am 01.07.2024 das Unternehmen Meta über ihre vorläufige Feststellung informiert, dass das von Meta im November 2023 eingeführte „Pay or Consent“-Werbemodell gegen das Gesetz über digitale Märkte (DMA) verstoßen könnte. Dieses Modell sieht vor, dass Nutzerinnen und Nutzer entweder für ein monatliches Abonnement einer werbefreien Version von Facebook oder Instagram in der EU bezahlen oder eine werbefreie Version der beiden Netzwerke nutzen, die personalisierte Werbung enthält. Die Kommission argumentiert, dass diese Entscheidung möglicherweise nicht mit Art. 5 des DMA vereinbar sei, welcher „Gatekeeper“ wie Meta dazu verpflichtet, Nutzerinnen und Nutzern eine gleichwertige Alternative anzubieten, wenn diese der Zusammenführung ihrer personenbezogenen Daten nicht zustimmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_3582

Kommission; Forschungsagenda; Photovoltaikstrategie

Am 24.06.2024 hat die Kommission eine Strategie in Form eines Arbeitsdokuments (Staff Working Document) vorgelegt, um Forschung und Innovationen im Bereich der Photovoltaik voranzubringen. Photovoltaik (PV) war in den letzten Jahren die am schnellsten wachsende Technologie, was den Kapazitätswachstum angeht. Sie spielt laut Kommission eine zentrale Rolle in allen Szenarien für ein klimaneutrales Energiesystem. In der EU wuchs die Stromerzeugung aus PV-Anlagen. Die EU-Solarenergiestrategie zielt auf eine zusätzliche Kapazität von 600 GWac bis 2030 ab. Der Plan legt eine Reihe von Prioritäten fest, darunter: PV-Module mit höheren Wirkungsgraden und niedrigeren Kosten, Digitalisierung der PV, nachhaltige und kreislauforientierte Solar-PV, zuverlässige und bankfähige Solar-PV, physikalische Integration von Solaranlagen in die gebaute Umwelt, Fahrzeuge, Landschaften und Infrastrukturen, Integration von Energiesystemen sowie auch den Bereich thermochemische Herstellung von Solartreibstoffen. Im Vergleich zu den vorigen Jahren liegt im PV-Bereich der Schwerpunkt nun nicht nur auf der Stromerzeugung, sondern auch auf anderen Anwendungen wie industrieller Prozesswärme und solaren Brennstoffen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/download/3acfa717-b321-4f7d-b8c3-765f507d7de2_en?filename=ec_rtd_swd-2024-160-f1.pdf

Kommission; Forschung; Bericht über Leistung von Forschung und Innovation

Am 27.06.2024 hat die Kommission ihren Bericht über die Leistung von Wissenschaft, Forschung und Innovation (F&I) in der EU veröffentlicht. Der Jahresbericht weist darauf hin, dass die Investitionen der EU in F&I in den letzten zwei Jahren zwar gestiegen sind, das Investitionsniveau aber noch weit von dem EU-Ziel entfernt ist, 3% des BIP für F&I zu verausgaben. Auf der Positivseite wird von der Kommission hervorgehoben, dass die EU in Bezug auf die wissenschaftliche Leistung weltweit einen guten Platz einnimmt, der nur von China übertroffen wird. Die EU habe einen weltweiten Anteil von 10% an den meistzitierten Veröffentlichungen. Insgesamt sei die Wissensbasis der EU durch einen höheren Diversifizierungsgrad der Innovation gekennzeichnet als in anderen Innovationsregionen weltweit. Allerdings sei die EU im Bereich produktivitätssteigernder Schlüsseltechnologien weniger spezialisiert als China und die USA. Was die privaten Investitionen in innovative Unternehmen betrifft, so zeigt der Bericht auch, dass der Risikokapitalmarkt in Europa im Vergleich zu anderen Regionen begrenzt ist. Der Bericht hebt einige Herausforderungen für F&I in Europa hervor. Zum einen solle die EU ihre F&I-Ökosysteme besser nutzen. Zum anderen gebe es ein anhaltendes Gefälle in der F&I-Leistung innerhalb der EU und zwar zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen Seite, wo sich hochinnovative Ökosysteme konzentrieren, und Süd- und Osteuropa auf der anderen. Die Autoren des Dokuments empfehlen zudem, die Kluft zwischen ziviler und militärischer Forschung und Entwicklung zu überbrücken, damit die EU das Potenzial von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck voll ausschöpfen und das Potenzial technologischer Investitionen maximieren kann.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_3505

Kommission; Forschungs- und Innovationspartnerschaft; Wasser

Die Kommission hat am 27.06.2024 einen Bericht veröffentlicht (Staff Working Document), in dem eine neue Forschungs- und Innovationspartnerschaft zum Thema Wasser vorbereitet wird. Konkret soll eine Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) zum Themenbereich "Wasser, marine und maritime Sektoren und Ökosysteme (WMM)" alsbald anlaufen. Laut der Kommission sei die Einrichtung einer neuen KIC

wichtig, um kritische globale Herausforderungen wie Wasserknappheit, Dürren und Überschwemmungen sowie die Verschlechterung der Meeres- und Süßwasserqualität anzugehen. Unter dem Kürzel „EIT Water“ soll die F&I-Partnerschaft Innovatorinnen und Innovatoren zusammenbringen und Förderausschreibungen lancieren. EIT Water soll aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa finanziert werden und unter dem Dach des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) in der dritten Säule von Horizont Europa abgewickelt werden.

<https://eit.europa.eu/our-activities/call-for-eit-communities/eit-water>

Kommission; Förderung EU-Hochschulallianzen; Europäische Hochschulen

Die Kommission hat am 28.06.2024 die Ergebnisse einer Ausschreibung des Programmes Erasmus+ bekannt gegeben, mit der nun 14 neue europaweite kooperative Allianzen von Hochschuleinrichtungen unterstützt werden. Die Allianzen bestehen jeweils aus Europäischen Hochschulen, die zu unterschiedlichsten Themenstellungen kooperieren. Der Förderaufruf war mit insgesamt 14,4 Mio. EUR ausgestattet. Insgesamt wächst dadurch die Zahl der Hochschulallianzen auf 64, die insgesamt 35 Staaten, darunter alle EU-Mitgliedstaaten umfassen, sowie darüber hinaus auch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Montenegro, die Republik Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und die Türkei. Die Europäische Hochschulen sind fest in Strukturen verankert, die fast 2.200 assoziierte Partner – von Nichtregierungsorganisationen über Unternehmen, Städte, lokale und regionale Behörden bis hin zu Hochschuleinrichtungen aus den Ländern des Bologna-Prozesses – zusammenbringen. So sind bspw. fast 40 Hochschuleinrichtungen aus der Ukraine assoziierte Partner. Auch bestehende hessische Hochschulallianzen werden gefördert: Die Kommission fördert erstmals mit dem Projekt „ForEU4All“ ein Netzwerk von Allianzen, im dem auch Europäische Hochschulen mit hessischer Beteiligung einbezogen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3542

Kommission; Horizont Europa; Assoziierung mit Kanada

Am 03.07.2024 haben Kommission und kanadische Regierung die Assoziierung von Kanada zum EU-Forschungsrahmenprogramm besiegelt. Kommissarin Iliana Ivanova und der kanadische Minister für Wissenschaft François-Philippe Champagne unterzeichneten das Abkommen zur Assoziierung, das die zweite Säule von Horizont Europa umfasst. Kanadische Forschungseinrichtungen sollen von nun an von Ausschreibungen im Rahmen von Horizont Europa profitieren können. Im Gegenzug wird Kanada einen finanziellen Beitrag zum Budget des EU-Rahmenprogramms leisten. Minister Champagne bezifferte diesen auf rund 150 Mio. kanadische Dollar für die kommenden vier Jahre. Kanadische Forschungseinrichtungen sollen auch die Möglichkeit haben, Forschungskonsortien zu leiten. Für kanadische Einrichtungen, die bereits im Rahmen des Haushaltsplans 2024 Vorschläge für die zweite Säule von Horizont Europa eingereicht haben und als potenzielle Begünstigte bewertet werden konnten, wurde eine Übergangsregelung eingeführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_24_3625

Kommission; Forschungsrat; ERC; Arbeitsprogramm 2025

Am 09.07.2024 hat der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC), eine Agentur der EU, sein Arbeitsprogramm mit den geplanten Förderausschreibungen für das Jahr 2025 verabschiedet. Der ERC vergibt auf kompetitivem Wege Ausschreibungen für Forschende. Das Dokument wurde vom wissenschaftlichen Rat des ERC ausgearbeitet und von der Kommission verabschiedet. Im kommenden Jahr werden mehr als 2,7 Mrd. EUR für Grants (Zuwendungen) zur Verfügung stehen. Darin enthalten sind zusätzliche Beiträge der

mit Horizont Europa assoziierten Partnerländer. Neu ist, dass Mitgliedstaaten Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitstellen können, um den ERC bei der Finanzierung von Vorschlägen zu unterstützen.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-work-programme-2025-adopted>

Kommission; Forschungsrat; ERC-Förderung; Proof-of-Concept-Grants

Am 11.07.2024 hat der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC), eine Agentur der EU, die Ergebnisse der jüngsten Förderrunde bekannt gegeben. Vergeben wurden in dieser Runde die Grants (Zuwendungen) für die transferorientierte Förderlinie „Proof-of-Concept“ (PoC). Die ERC-Förderlinie Proof of Concept (PoC) ist eine Förderung, die zusätzlich zu den Hauptförderlinien des ERC (Starting, Consolidator, Advanced und Synergy Grant) vergeben werden kann. Sie richtet sich somit ausschließlich an Forschende, die bereits einen ERC-Grant innehaben und ein Forschungsergebnis aus ihrem laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekt über die Forschung hinaus weiter entwickeln möchten. Mithilfe eines PoC soll das kommerzielle oder gesellschaftliche Potenzial eines abgeschlossenen ERC-Projekts erkundet werden. Auch Hessen profitiert von den PoC-Grants. Zwei hessische Wissenschaftler haben einen solchen PoC-Grant eingeworben: Prof. Dr. Helge B. Bode, Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie und Prof. Dr. rer. nat. Leopoldo Molina-Luna, Elektronenmikroskopie, Technische Universität Darmstadt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/von-der-pionierforschung-zur-marktreife-europaischer-forschungsrat-unterstutzt-10-weitere-projekte-2024-07-11_de

Finanzdienstleistungen

ESMA; Konsultation zu Liquiditätsmanagement-Tools für Fonds

Am 08.07.2024 rief die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA zur Beteiligung an einer Konsultation zu überarbeiteten Vorschriften für Liquiditätsmanagement-Tools von Investmentfonds auf. Konkret stehen die „Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFMD)“ sowie die „Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities Directive (UCITS)“ im Fokus. Fristende für die Beteiligung ist am 08.10.2024.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-liquidity-management-tools-funds>

ESMA; Konsultation zu Berichtsanforderungen für beaufsichtigte Unternehmen

Am 08.07.2024 veröffentlichte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA eine Konsultation, die sich speziell an Benchmark-Administratoren, Rating-Agenturen und drei Arten von Markttransparenz-Infrastrukturen richtet. Auf dem Prüfstand stehen v.a. deren Berichtspflichten an die ESMA, die harmonisiert, kohärent und verhältnismäßig gestaltet werden sollen. Fristende ist der 18.10.2024.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-reporting-requirements-and-governance-expectations-some>

ESMA; Konsultation zur CSDR Refit

Am 09.07.2024 veröffentlichte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA eine Konsultation zum „Central Securities Depositories Regulation (CSDR) Refit“. Der Schwerpunkt liegt dabei u.a. auf dem Überprüfungs- und

Bewertungsprozess der EU-Zentralverwahrer. Fristende für die Beteiligung an der Konsultation ist am 09.09.2024.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/csdr-refit-esma-consults-rules-recalibrate-and-further-clarify-framework>

ESMA; Konsultation zur MiFIR-Review

Am 10.07.2024 veröffentlichte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA ein Paket an Konsultationen im Zusammenhang mit der Review der EU-Finanzmarktverordnung MiFIR. Im Fokus stehen dabei u.a. die Änderungen der Regeln für die Liquiditätsbewertung von Eigenkapitalinstrumenten sowie Vorschriften zur Festlegung der organisatorischen Anforderungen an Handelsplätze. Fristende ist je nach Themenblock am 15.09.2024 bzw. 15.10.2024.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/mifir-review-esma-launches-new-consultations>

Finanzen

Kommission; Billigung des Aufbau- und Resilienzplans DEUs

Die Kommission bewertete am 28.06.2024 den überarbeiteten Aufbau- und Resilienzplan (ARP) DEUs einschließlich des „REPowerEU“-Kapitels positiv. Der ARP umfasst nun über 30,3 Mrd. EUR an Finanzhilfen sowie 17 Reformen und 28 Investitionen. Das REPowerEU-Kapitel beinhaltet zwei neue Reformmaßnahmen, zwei neue Investitionen und eine erweiterte Investitionsmaßnahme. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den Anteil erneuerbarer Energie zu erhöhen, den Straßengüterverkehr zu dekarbonisieren und die energieeffiziente Renovierung von Wohngebäuden zu unterstützen. Acht Änderungen bestehender Maßnahmen seien vorgenommen worden, um objektive Umstände wie den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Sicherheitsbedenken aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu berücksichtigen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_3484

Soziales

CEDEFOP; Erste Einblicke in Umfrage zu KI-Kompetenzen von Beschäftigten

Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) hat am 28.06.2024 erste Einblicke aus ihrer Umfrage zu KI-Kompetenzen veröffentlicht. Etwa jeder siebte Beschäftigte in Europa nutze demnach digitale Werkzeuge, die Aufgaben automatisieren. 61% der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten, dass sie in den nächsten fünf Jahren neue Fähigkeiten benötigen werden, um mit den Auswirkungen von KI umzugehen. Die Umfrage zeige laut CEDEFOP auch, dass das Risiko der Automatisierung höher in Routine- und Niedriglohnjobs sei. Insgesamt seien 5.342 Mitarbeiter aus elf EU-Ländern zu ihrer Nutzung von KI-Technologien und der Unterstützung durch ihre Unternehmen befragt worden.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/higher-job-automation-risk-routine-and-precarious-work-edefop-ai-skill-survey-finds>

EU-OSHA; EU-Ratspräsidentschaft von HUN konzentriert sich auf Arbeitsplätze für die alternde Bevölkerung

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) hat am 01.07.2024 veröffentlicht, dass sich die EU-Ratspräsidentschaft von

HUN während ihrer Amtszeit auf Arbeitsplätze für die alternde Bevölkerung konzentrieren möchte. Ziel sei es, die Kontinuität der Arbeit im Rat in Zusammenarbeit mit dem neu konstituierten EP und der Kommission sicherzustellen. Außerdem soll die Umsetzung der Strategischen Agenda 2024-2029, die die langfristigen Leitlinien für die künftige Arbeit der EU vorgibt, fortgesetzt werden. Im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit konzentrierte sich die aktuelle HUN-Ratspräsidentschaft auf die Mobilisierung der Arbeitskräfteressourcen in der EU durch Förderung qualitativ hochwertiger Beschäftigung, wobei der Schwerpunkt auf der alternden Erwerbsbevölkerung liege. Weitere Schwerpunkte seien die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit sowie die Stärkung der Rolle der öffentlichen Arbeitsverwaltungen.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/hungarian-eu-presidency-focuses-employment-ageing-population>

Kommission; Start der Talentpartnerschaft mit Bangladesch

Am 08.07.2024 startete die Kommission ein neues Programm im Rahmen der Talentpartnerschaft mit Bangladesch, um Arbeitsmobilität zu fördern und die Zusammenarbeit in Migrationsfragen zu intensivieren. Das Programm mit einem Budget von 3 Mio. EUR wird von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO geleitet und zielt darauf ab, Fähigkeiten aufzubauen und Schulungsbedarfe in für beide Seiten interessanten Sektoren zu decken. Es bietet Informationen über Arbeitsmärkte, berufliche und sprachliche Schulungen und erleichtert die Anerkennung von Qualifikationen. Die Partnerschaft soll legale Arbeitsmigration aus Bangladesch in die EU fördern und die Risiken irregulärer Migration verringern.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/talent-partnership-bangladesh-launch-new-programme-boost-labour-mobility-2024-07-08_en?prefLang=de

Kommission; Broschüre über den Erfolg von Erasmus+ Projekten

Die Kommission hat am 08.07.2024 eine Broschüre darüber veröffentlicht, wie Erasmus+ Projekte zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen und zur Unterstützung gefährdeter Gruppen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung (VET) beigetragen haben. Die Broschüre fasst Erfolgsgeschichten und Best Practices aus 30 Fallstudien zusammen, die Bereiche wie Künstliche Intelligenz, Virtual und Augmented Reality sowie branchenspezifische digitale Fähigkeiten abdecken. Zu den Schlüsselfaktoren für den Erfolg gehören laut Kommission die Anpassung der Lerninhalte an individuelle Bedürfnisse, der Einsatz relevanter Technologien und die Verbesserung der Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Ausbilderinnen und Ausbildern. Ziel sei es, Bildungsexperten, VET-Politikern und anderen Akteuren Anregungen für künftige Initiativen zu geben.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=10860&langId=en>

Gesundheit und Verbraucherschutz

EMA; Gutachten zum Medikament zur Behandlung der pulmonalen arteriellen Hypertonie

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 28.06.2024 einen Bericht zum positiven CHMP-Gutachten zum ersten Medikament seiner Klasse zur Behandlung der pulmonalen arteriellen Hypertonie (PAH) veröffentlicht. Demnach habe die Zulassungsbehörde empfohlen, dass Winrevair (Sotatercept) in der EU zur Behandlung erwachsener Patienten mit pulmonaler arterieller Hypertonie in

Kombination mit anderen spezifischen PAH-Therapien zuzulassen, um die körperliche Leistungsfähigkeit zu verbessern. Winrevair (Sotatercept) sei der erste Aktivin-Signalinhibitor, der zur Behandlung von PAH zugelassen worden wäre. Im Körper würden sich Proteine, sogenannte Aktivine, an einen Rezeptor namens ActRIIA binden und so das Zellwachstum stimulieren, aus dem die Blutgefäße bestünden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/first-nasal-adrenaline-spray-emergency-treatment-against-allergic-reactions>

EMA; Erstes nasales Adrenalinspray für die Notfallbehandlung von allergischen Reaktionen

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) veröffentlichte am 28.06.2024 einen Bericht zum ersten nasalen Adrenalinspray zur Notfallbehandlung bei allergischen Reaktionen. Darin habe der Ausschuss für Humanarzneimittel der EMA empfohlen, Eurneffy (Epinephrin) als das Erste durch die Nase zu verabreichende Arzneimittel zur Notfallbehandlung von allergischen Reaktionen (Anaphylaxie) in der EU zuzulassen. Dieses Spray ermögliche eine schnelle Aufnahme von Adrenalin über die Nasenschleimhaut und biete eine Alternative zu herkömmlichen Autoinjektoren, die aufgrund von Nadelphobie oder Handhabungsschwierigkeiten oft nicht rechtzeitig eingesetzt würden. Wirksamkeit und Sicherheit von Eurneffy sei in mehreren klinischen Studien bestätigt worden. Demnach sei die nasale Verabreichung von Adrenalin ebenso effektiv wie die intramuskuläre Injektion.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/first-nasal-adrenaline-spray-emergency-treatment-against-allergic-reactions>

Kommission; Genehmigung Chikungunya Impfmittel und Finanzierung eines neuen Stechmücken-Programms

Die Kommission hat am 28.06.2024 das erste Impfmittel gegen den Chikungunya Virus genehmigt. In einen Report des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten sei die Präsenz von Aedes aegypti-Stechmücken in 13 EU-Ländern bestätigt worden. Die EU-Autorisierung des Impfstoffes sei für Erwachsene ab dem Alter von 18 Jahren vorgesehen. Nach Prüfung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur sei es von den Mitgliedstaaten einstimmig gebilligt worden. Es liege nun an den einzelnen Mitgliedstaaten zu entscheiden, wer Zugriff auf den Impfstoff erlangen soll. Um das Risiko der Ausbreitung von durch Stechmücken übertragenen Krankheiten in Europa weiter einzudämmen, habe die Kommission außerdem angekündigt, 500.000 EUR aus dem Programm EU4Health für ein Pilotprojekt zur Ausrottung der Aedes-aegypti-Mücke auf Zypern bereitzustellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_24_3502

EMA; Empfehlung zum Widerruf der bedingten Marktzulassung für Ocaliva

Der Ausschuss für Humanarzneimittel der Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 28.06.2024 seine Prüfung des Arzneimittels Ocaliva (Obeticholsäure) abgeschlossen und empfohlen, die Genehmigung für das Inverkehrbringen des Arzneimittels zu widerrufen, da der Nutzen des Arzneimittels die Risiken nicht mehr aufwiege. Ocaliva würde zur Behandlung von Erwachsenen mit primär biliärer Cholangitis (PBC) eingesetzt, einer Autoimmunerkrankung, die eine allmähliche Zerstörung der Gallengänge in der Leber verursache. Dies führe zu Leberversagen und könne das Risiko von Leberkrebs erhöhen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-recommends-revoking-conditional-marketing-authorisation-ocaliva>

Kommission; Leitfaden zur Normung von Medizinprodukten

Am 02.07.2024 veröffentlichte die Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit das „Update für den Leitfaden zur Normung von Medizinprodukten 2021-5 Rev.1“. Dieses enthält vier Hauptthemen: „EU-Rechtsvorschriften über Medizinprodukte im Rahmen des 'Neuen Konzepts' und des 'Neuen Gesetzgebungsrahmens‘“, „Der allgemeine Rahmen für harmonisierte europäische Normen“, „Harmonisierte europäische Normen zur Unterstützung der EU-Rechtsvorschriften für Medizinprodukte“ und „Governance-Struktur für Normen im Bereich der Medizinprodukte“.

https://health.ec.europa.eu/latest-updates/update-mdcg-2021-5-rev1-guidance-standardisation-medical-devices-july-2024-2024-07-02_en?prefLang=de

HaDEA; Übersetzung der EU-Nomenklatur für Medizinprodukte und der Terminologie

Die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) veröffentlichte am 03.07.2024 eine Vorabinformation zur Ausschreibung von Übersetzungen der europäischen Nomenklatur für Medizinprodukte und der Terminologie für unerwünschte Ereignisse des Internationalen Forums der Medizinprodukteeregulierungsbehörden in allen EU-Amtssprachen. Ziel dieser Maßnahme sei es, die Verwendung dieser harmonisierten Nomenklaturen und Terminologien durch alle Beteiligten zu erleichtern. Dies umfasse die Überprüfung und Harmonisierung der bestehenden Übersetzungen sowie die Übersetzung und Validierung der sieben IMDRF-AE-Terminologien aus dem Englischen in die 23 anderen EU-Amtssprachen. Interessierte würden aufgefordert werden, im August das „Funding and Tenders Portal“ der EU zu konsultieren, um weitere Details zur Ausschreibung zu erhalten. Der maximale Finanzierungsrahmen würde laut HaDEA 800.000 EUR betragen.

https://hadea.ec.europa.eu/news/prior-information-notice-translation-eu-medical-device-nomenclature-and-international-medical-device-2024-07-03_en?prefLang=de

EUDA; Neue Drogenbehörde der EU

Am 03.07.2024 gab die Drogenagentur der EU (EUDA) bekannt, dass in Lissabon die neue Drogenbehörde der EU ins Leben gerufen wurde. Die neue Agentur soll die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) ersetzen, die seit 1995 in Lissabon tätig sei. Auf der Grundlage neuer Rechtsvorschriften sei Mandat und Name der EBDD überarbeitet und die EUDA formell gegründet worden. Das Hauptziel der EUDA sei es, die EU besser auf die Herausforderungen im Bereich der Drogenbekämpfung vorzubereiten. Die Arbeit der Agentur soll sich auf vier zentrale Dienstleistungskategorien stützen: Antizipieren, Warnen, Antworten und Lernen.

https://www.euda.europa.eu/news/2024/2/top-officials-gather-in-Lisbon-launch-new-european-union-drugs-agency_en

ECDC; Empfehlung zur Erhöhung der Wachsamkeit vor der Vogelgrippe

Wie das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) am 08.07.2024 mitteilte, wurde in den USA kürzlich die Übertragung des „hochpathogenen aviären Influenzavirus HPAI A“ (H5N1) bei Milchkühen beobachtet. Seit April 2024 wurden vier Fälle von Vogelgrippe bei Landarbeitern gemeldet. Obwohl die Übertragung auf den Menschen selten sei, könnten aviäre Influenzaviren auf wilde Tiere, Nutztiere sowie Haustiere übergreifen und Ausbrüche verursachen. In der EU seien bisher keine menschlichen Infektionen gemeldet worden, jedoch rate das ECDC, das Bewusstsein unter Gesundheitsfachkräften zu schärfen und eine frühzeitige Erkennung und Eindämmung potenzieller Fälle zu unterstützen. Derzeit bleibe das Risiko einer zoonotischen Vogelgrippe für die allgemeine Bevölkerung gering, aber

moderat für beruflich exponierte Personen. Das ECDC habe mehrere Leitlinien und Berichte zur Überwachung, Ausbruchsuntersuchung und Reaktion veröffentlicht.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/avian-flu-increased-vigilance-recommended>

Kommission; Aufruf zur Teilnahme an Schulungssitzungen zum EU Health Policy Platform Pro-Mitglied

Die Kommission hat am 10.07.2024 einen Aufruf gestartet um Interessierte für Schulungen zum Pro-Mitglied der EU Health Policy Platform zu finden. Die Schulungen würden Plattformfunktionen, Webinar-Organisation, Netzwerkmanagement und optimale Nutzung der Plattform abdecken. Die EU Health Policy Platform sei eine interaktive Gemeinschaft mit fast 7.000 Mitgliedern.

https://health.ec.europa.eu/latest-updates/become-pro-member-eu-health-policy-platform-these-four-training-sessions-and-qa-register-now-and-2024-07-08_en?prefLang=de

U m w e l t

EuGH; Richtlinie über Industrieemissionen; Stahlwerk Ilva;

Am 25.06.2024 entschied der EuGH in der Rechtssache C-626/22, dass der Betrieb des Stahlwerks Ilva in ITL ausgesetzt werden muss, wenn dieser schwere und erhebliche Gefahren für die Umwelt und die menschliche Gesundheit mit sich bringt. Das Gericht von Mailand muss dies infolge des EuGH-Urteils nun näher beurteilen. Der EuGH befasste sich mit dem Begriff „Umweltverschmutzung“ im Sinne der Richtlinie über Industrieemissionen. Der Begriff umfasst Schädigungen der Umwelt, aber auch der menschlichen Gesundheit. Der EuGH entschied, dass die vorherige Prüfung der Auswirkungen einer Anlage wie des Stahlwerks Ilva Bestandteil der in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren zur Erteilung und Überprüfung der Betriebsgenehmigung sein muss. Dabei sind die mit der Tätigkeit verbundenen Schadstoffe zu berücksichtigen, auch wenn diese im ursprünglichen Genehmigungsverfahren nicht bewertet wurden. Nur Schadstoffe, von denen anzunehmen ist, dass ihre Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu vernachlässigen sind, können von der Einhaltung der Emissionsgrenzwerte ausgenommen werden. Von der betreffenden Anlage während ihres Betriebs tatsächlich erzeugte Emissionen anderer Schadstoffe sind im Verfahren zu berücksichtigen. Bei Nichteinhaltung der Auflagen für die Anlage muss der Betreiber unverzüglich erforderliche Maßnahmen zur Einhaltung ergreifen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-06/cp240106de.pdf>

Kommission; Konsultation; Überarbeitung der Ökodesign-Vorschriften

Die Kommission hat am 27.06.2024 eine Konsultation zur Aktualisierung der EU-Ökodesign-Bestimmungen für Luftheizungs- und Kühlungsprodukte veröffentlicht. Ziel der Überarbeitung ist die Einbeziehung technologischer Fortschritte wie die der Wärmerückgewinnung und Technik der freien Kühlung. Auch sollen Änderungen der sog. F-Gas-Verordnung und der Bestimmungen für die Kreislaufwirtschaft berücksichtigt werden. Entsprechende Analysedaten über Luftheizungs- und Kühlungsprodukte sollen in die Überarbeitung der Ökodesign-Vorschriften einfließen. Die Aufforderung zur Einreichung von Nachweisen läuft bis zum 31.08.2024 und richtet sich an Branchenexperten, Unternehmen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, EU-Mitgliedstaaten und Einzelpersonen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13679-Energy-efficiency-ecodesign-requirements-for-air-heating-and-cooling-products-review-en>

EuGH; Wolfsjagdverbot in AUT;

Am 11.07.2024 entschied der EuGH in der Rechtssache C-601/22, dass das Wolfsjagdverbot in AUT gültig ist. Mehrere Umweltorganisationen hatten vor dem Landesverwaltungsgericht Tirol einen Bescheid angefochten, mit dem die Tiroler Landesregierung vorübergehend die Tötung eines Wolfs genehmigt hatte. Zuvor hatte dieser etwa 20 Schafe auf Weideland getötet. Wölfe sind nach der Habitatrichtlinie streng geschützt. Es ist grundsätzlich verboten, sie zu bejagen. Angesichts der Entwicklung der Wolfspopulation in AUT und der Tatsache, dass für einige Mitgliedstaaten Ausnahmen gelten, zweifelte das Landesverwaltungsgericht Tirol an der Gültigkeit dieses Verbots. Der EuGH entschied, dass Ausnahmen von diesem Verbot zur Vermeidung wirtschaftlicher Schäden nur dann gewährt werden könne, wenn sich die Wolfspopulation in einem günstigen Erhaltungszustand befindet, was in AUT aber nicht der Fall sei. Eine Ausnahmeregelung dürfe die Wahrung des günstigen Erhaltungszustands auf keiner der drei Ebenen (lokal, national, grenzüberschreitend) beeinträchtigen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-07/cp240111de.pdf>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Studie über den Beitrag der europäischen Fonds; LEADER

Am 04.07.2024 hat die Kommission eine Studie über den Beitrag der europäischen Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums sowie einen Bericht zur Bewertung der Auswirkungen der LEADER-Initiative in ländlichen Gebieten veröffentlicht. LEADER ist ein sog. Bottom-up-Ansatz, welcher die Entwicklung benachteiligter ländlicher Räume fördern soll. Beide Studien betonen die Relevanz der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Bedürfnisse der ländlichen Gebiete sowie für die Maßnahmen, die in der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete festgelegt sind. Die Veröffentlichungen kommen bezüglich der GAP zu dem Schluss, dass zwischen 2014 und 2022 8,6 Mrd. EUR zur Förderung nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeiten in ländlichen Gebieten bereitgestellt wurden. Zudem wird auf die zunehmend komplexen Bedürfnisse ländlicher Regionen hingewiesen und eine gezieltere Unterstützung durch die GAP und andere EU-Fonds empfohlen, die stärker auf die Regionalentwicklung ausgerichtet ist. Eine weitere Empfehlung ist die Etablierung einer umfassenden Strategie für ländliche Regionen, um die Wirksamkeit der GAP und die Bedürfnisse der Gemeinden sicherzustellen. Der Bericht über die Auswirkungen von LEADER betont die Effektivität des Programms, durch welches etwa 60.000 Arbeitsplätze und 2.700 lokale Arbeitsgruppen bei einer ländlichen Bevölkerung von ca. 170 Mio. Menschen entstanden.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/7ea3a522-38e3-11ef-b441-01aa75ed71a1/language-en>

Ernennung von drei Richtern und einem Generalanwalt beim EuGH

Die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 03.07.2024 drei Richter und einen Generalanwalt des EuGH im Rahmen seiner teilweisen Neubesetzung im Jahr 2024 ernannt. Die Amtszeit von Irmantas Jarukaitis (LIT) als Richter am EuGH wurde verlängert. Bernardus Smulders (NDL) und Fredrik Schalin (SWE) wurden für eine erste Amtszeit zu Richtern des Gerichtshofs ernannt, Rimvydas Norkus (LIT) für eine erste Amtszeit zum Generalanwalt beim EuGH. Alle Ernennungen erfolgten für den Zeitraum 07.10.2024 bis 06.10.2030.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/07/03/eu-court-of-justice-three-judges-and-an-advocate-general-appointed/>

EuGH; Urteil: Transparenzkontrolle bei Verbandsklagen (Caixabank u.a.)

Der EuGH hat mit Urteil vom 04.07.2024 in der Rechtssache C-450/22 (Caixabank u.a.) entschieden, dass die Transparenz von Mindestzinssatzklauseln bei Hypothekendarlehen im Rahmen einer das gesamte Bankensystem eines Landes betreffenden Verbandsklage kontrolliert werden kann, sofern die Kontrolle an deren Besonderheiten angepasst wird und sich auf die vertraglichen und vorvertraglichen Standardpraktiken des Gewerbetreibenden gegenüber dem Durchschnittsverbraucher konzentriert. Dabei kann das Gericht die Entwicklung der Wahrnehmung des Durchschnittsverbrauchers in Bezug auf diese Klauseln berücksichtigen. Vorliegend sind die beiden notwendigen Voraussetzungen erfüllt: Die Klage ist erstens gegen Gewerbetreibende desselben Wirtschaftssektors gerichtet, hier Kreditinstitute. Dass hier auf beiden Seiten eine Vielzahl von Kreditinstituten und Verbrauchern beteiligt sind, steht dem nicht entgegen. Die Klage betrifft zweitens gleiche oder einander ähnliche Klauseln, deren Überprüfung dem ESP Obersten Gerichtshof vorbehalten ist. Dass die Verträge, in denen die Klauseln enthalten sind, zu verschiedenen Zeitpunkten oder unter der Geltung verschiedener Regelungen geschlossen wurden, kann diese Ähnlichkeit nicht bereits ausschließen. Der EuGH betont, dass gerade die Heterogenität der betroffenen Verkehrskreise den Rückgriff auf die Figur des Durchschnittsverbrauchers erforderlich macht, dessen Gesamtwahrnehmung für die Transparenzkontrolle relevant ist. Eine mögliche Entwicklung dieser Wahrnehmung zu prüfen, obliegt ebenso dem ESP Obersten Gerichtshof. Mindestzinssatzklauseln sind Standardklauseln in Hypothekendarlehensverträgen mit variablem Zinssatz, die von zahlreichen Finanzinstituten in ESP mit Verbrauchern geschlossen wurden und einen Mindestsatz festlegen, unter den der variable Zinssatz nicht absinken durfte, auch wenn der Referenzsatz (in der Regel der Euribor) diesen Mindestsatz unterschritt. Der ESP Verband der Kunden von Banken, Sparkassen und Versicherungen (ADICAE) hat hiergegen eine Verbandsklage gegen 101 in ESP tätige Finanzinstitute erhoben, welcher sich 820 Verbraucher angeschlossen haben. Der ESP Oberste Gerichtshofs hat den EuGH damit befasst.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287884&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1447590>

EuGH; Schlussanträge zur Beteiligung an Rechtsanwaltsgesellschaften nach der bis 31.07.2022 geltenden BRAO (Halmer Rechtsanwaltsgesellschaft)

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona kommt in seinen Schlussanträgen in der Rechtssache C 295/23 (Halmer Rechtsanwaltsgesellschaft) vom 04.07.2024 zu dem Ergebnis, dass die Beschränkungen der DEU Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) in der bis zum 31.07.2022 geltenden Fassung mit der Niederlassungsfreiheit unvereinbar sind, da nach ihnen nur Rechtsanwälte oder Angehörige bestimmter anderer freier Berufe am Gesellschaftskapital einer Rechtsanwaltsgesellschaft

beteiligt sein durften. Im DEU Ausgangsfall ging es um die Übertragung von 51 der 100 Geschäftsanteile an der Halmer Rechtsanwaltsgesellschaft Unternehmergesellschaft (Halmer UG) durch den Geschäftsführer und ursprünglich alleinigen Gesellschafter an eine AUT GmbH, die weder in DEU noch in AUT zur Rechtsberatung zugelassen ist. Gegen den Widerruf der Zulassung der Halmer UG zur Rechtsanwaltschaft durch die Rechtsanwaltskammer München wegen Verstoßes gegen die BRAO hat die Halmer UG vor dem Bayerischen Anwaltsgerichtshof geklagt. Dieser hat den EuGH hinsichtlich der Vereinbarkeit der streitigen Regelung mit dem Unionsrecht um Vorabentscheidung ersucht. Der Generalanwalt vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten bei der Regelung des Rechtsanwaltsberufs, insbesondere in Bezug auf die Ausübung dieses Berufs in der Form von Kapitalgesellschaften, zwar über einen weiten Spielraum verfügte. Beschränkungen seien zwar zulässig, sie müssten jedoch kohärent sein und mit den Gründen des Allgemeininteresses, die sie rechtfertigen, in Einklang stehen. Den Beschränkungen der Beteiligung an Rechtsanwaltsgesellschaften in der bis zum 31.07.2022 geltenden Fassung der BRAO fehle es nach Ansicht des Generalanwaltes jeder an der Kohärenz, die unverzichtbar sei, um die Vorgaben der Richtlinie 2006/123 über Dienstleistungen im Binnenmarkt zu erfüllen. In den Schlussanträgen wird dies betont für drei Aspekte der Beschränkung der Beteiligung an der Gesellschaft auf bestimmte Berufsgruppen, das Erfordernis der beruflichen Betätigung in der Rechtsanwaltsgesellschaft und den Vorbehalt der Stimmenmehrheit der Rechtsanwälte.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287901&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2282979>

EuGH; Urteil zur gerichtlichen Zuständigkeit für Schadenersatzklagen nach der Brüssel-1a-Verordnung (MOL – LKW-Kartell)

In seinem Urteil vom 04.07.2024 in der Rechtssache C-425/22 (MOL) hat sich der EuGH auf Vorlage des HUN Obersten Gerichts zur gerichtlichen Zuständigkeit für Schadenersatzklagen im Zusammenhang mit dem LKW-Kartell geäußert. Er hat entschieden, dass die Verordnung 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (sog. Brüssel-1a-Verordnung) dahin auszulegen ist, dass die Wendung „Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist“ nicht den Sitz der Muttergesellschaft umfasst, wenn diese eine Klage auf Ersatz von Schäden erhebt, die ausschließlich ihren Tochtergesellschaften durch das wettbewerbswidrige Verhalten eines Dritten, das eine Zuwiderhandlung gegen Art. 101 AEUV darstellt, entstanden sind; dies gilt auch dann, wenn geltend gemacht wird, dass die Muttergesellschaft und ihre Tochtergesellschaften derselben wirtschaftlichen Einheit angehörten. Im Ausgangsfall hatten die in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässigen Tochtergesellschaften des in HUN ansässigen Unternehmens MOL mittelbar insgesamt 71 Lastkraftwagen von der Mercedes-Benz Group geleast. Dies geschah in einem Zeitraum vom 17.01.1997 bis zum 18.01.2011, für welchen die Kommission mit Beschluss vom 19.07.2016 festgestellt hat, dass die Mercedes-Benz Group und 15 internationale Hersteller von Lastkraftwagen an einem Kartell beteiligt gewesen seien und durch Abstimmung der Preise auf der Ebene der Bruttolistenpreise für mittlere und schwere LKW fortgesetzt gegen das Verbot von Kartellen und anderen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltensweisen (Art. 101 AEUV) verstoßen haben. MOL erhob vor einem HUN Gericht eine Schadenersatzklage gegen die Mercedes-Benz Group, weil ihr ein Schaden in Höhe des Preisaufschlags entstanden sei, den ihre Tochtergesellschaften aufgrund des von der Kommission geahndeten wettbewerbswidrigen Verhaltens zu Unrecht gezahlt hätten. Die Mercedes-Benz Group erhob eine Einrede der Unzuständigkeit und bestritt, dass das von MOL angerufene ungarische Gericht nach

der Verordnung zuständig sei. Das HUN Oberste Gericht hat den EuGH hierzu um Auslegung der Verordnung ersucht.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287883&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2267281>

EuGH; Rechtsstaatlichkeit: Urteil betreffend die Unionsrechtswidrigkeit der Befugnisse sog. Evidenzrichter in KRO

Mit Urteil vom 11.07.2024 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-554/21 (HANN-INVEST), C-622/21 (MINERAL-SEKULINE) und C-727/21 (UDRUGA KHL MEDVEŠČAK ZAGREB) entschieden, dass der Spruchkörper, der mit einer Rechts-sache befasst ist, allein über deren Ausgang entscheiden muss. Jeder unzulässige Eingriff von Personen, die dem Spruchkörper nicht angehören, ist auszuschließen. Ein interner Verfahrensmechanismus bei einem Gericht, mit dem Divergenzen in der Rechtsprechung verhindert oder ausgeräumt werden sollen und so die dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit inhärente Rechtssicherheit gewährleistet werden soll, muss selbst den mit der Unabhängigkeit der Justiz verbundenen Anforderungen genügen. Der betreffende Spruchkörper, der seine Beratungen bereits abgeschlossen hatte, muss dann gegebenenfalls seine zuvor angenommene gerichtliche Entscheidung abändern. Von der Beteiligung des Evidenzrichters wissen die Parteien nichts und kennen auch seinen Namen nicht. Das KRO Hohe Handelsgericht hat Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit dieses Mechanismus mit dem Unionsrecht und insbesondere mit dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit. Der EuGH betont in seiner Entscheidung, dass die Garantie des Zugangs zu einem unabhängigen und zuvor durch Gesetz errichteten Gericht bedeutet, dass der mit einer Rechtssache befasste Spruchkörper allein die das Verfahren beendende Entscheidung trifft, und stellt weitere Voraussetzungen fest.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=288142&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2291070>

EuGH; Urteil zur Zulässigkeit einer Verbandsklage nach der DSGVO (Meta Platforms Ireland; Verbandsklage)

Der EuGH hat am 11.07.2024 mit seinem Urteil in der Rechtssache C-757/22 (Meta Platforms Ireland; Verbandsklage) die Zulässigkeitsvoraussetzungen für Verbandsklagen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) präzisiert und entschieden, dass Art. 80 Abs. 2 DSGVO dahin auszulegen ist, dass die Voraussetzung, wonach eine befugte Einrichtung, um eine Verbandsklage im Sinne dieser Bestimmung erheben zu können, geltend machen muss, dass ihres Erachtens die Rechte einer betroffenen Person aus der DSGVO „infolge einer Verarbeitung“ im Sinne dieser Bestimmung verletzt wurden, erfüllt ist, wenn sich diese Einrichtung darauf beruft, dass die Verletzung der Rechte dieser Person anlässlich einer Verarbeitung personenbezogener Daten geschieht und auf einer Missachtung der Informationspflicht über den Zweck der Datenverarbeitung und die Empfänger der Daten beruht. Das Recht einer durch eine Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Person, vom Verantwortlichen Informationen über den Zweck der Datenverarbeitung und die Empfänger personenbezogener Daten spätestens bei der Erhebung dieser Daten in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache übermittelt zu bekommen, stelle folglich ein Recht dar, bei dessen Verletzung von dem in der DSGVO vorgesehenen Verbandsklagemechanismus Gebrauch gemacht werden könne. Auf ein erstes Vorabentscheidungsersuchen des Bundesgerichtshofs (BGH) zur Klagebefugnis des Bundesverbandes nach Inkrafttreten der DSGVO antwortete der EuGH mit Urteil vom 28.04.2022, dass die DSGVO einer nationalen Regelung nicht entgegensteht, nach der ein Verband zur Wahrung von Verbraucherinteressen gegen den mutmaßlichen Verletzer des

Schutzes personenbezogener Daten ohne entsprechenden Auftrag und unabhängig von der Verletzung konkreter Rechte betroffener Personen Klage mit der Begründung erheben kann, dass gegen das Verbot der Vornahme unlauterer Geschäftspraktiken, ein Verbraucherschutzgesetz oder das Verbot der Verwendung unwirksamer Allgemeiner Geschäftsbedingungen verstoßen worden sei, sofern die betreffende Datenverarbeitung die Rechte identifizierter oder identifizierbarer natürlicher Personen aus dieser Verordnung beeinträchtigen kann (Rechtssache C-319/20). Der BGH hat den EuGH nun erneut um Vorabentscheidung ersucht bezüglich der weiteren Voraussetzung, dass die in der DSGVO vorgesehenen Rechte der betroffenen Person „infolge einer Verarbeitung“ verletzt wurden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=288148&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2303262>

I n n e r e s

EuGH; Schlussfolgerungen des Generalanwaltes zu der Zulässigkeit von zwei Folgeanträgen

In der verbundenen Rechtssache C-123/23 und C-2020/23 empfiehlt Generalanwalt **Nicholas** Emiliou (CYP) dem EuGH in seinen Schlussanträgen vom 27.06.2024 eine Auslegung der Asylverfahrensrichtlinie dahingehend, dass ein Antrag auf internationalen Schutz, welcher durch eine Entscheidung zu seiner Einstellung abgeschlossen wurde, die auf der Grundlage dieser Richtlinie erlassen wurde, kein Hindernis dafür darstellt, einen später von derselben Person gestellten Antrag als Folgeantrag im Sinne dieser Richtlinie anzusehen. Wenn die Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens über den früheren Antrag noch nicht erlassen wurde oder die betreffende Person noch die Möglichkeit hat wiederaufzunehmen, sollte dies jedoch nicht gelten und die Unzulässigkeitsgründe aus Art. 33 Abs. 2d dieser Richtlinie sollten keine Anwendung finden. Die Vorschriften für Folgeanträge müssten auch gelten, wenn ein anderer Mitgliedstaat für einen neuen Antrag zuständig wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=287629&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=14770213>

Europol; Aktionstag zur Bekämpfung antisemitischer Inhalte im Internet

Europol hat am 27.06.2024 einen Aktionstag zur Bekämpfung antisemitischer Inhalte im Internet durchgeführt. Die koordinierte Operation, die von Behörden in der Schweiz und GBR geleitet wurde, hat am 27.06.2024 stattgefunden. Beteiligt waren Strafverfolgungsbehörden aus 18 Ländern, u.a. aus DEU. Insgesamt wurden fast 2.000 antisemitische Inhalte identifiziert und zur Entfernung gemeldet.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/taking-action-against-antisemitism-close-to-2-000-pieces-of-content-flagged-for-removal>

Europol; Festnahme mehrerer Personen bei einer Operation gegen das organisierte Verbrechen

Am 02.07.2024 wurden im Rahmen einer europaweiten Aktion zur Bekämpfung der italienischen organisierten Kriminalität mehrere Personen festgenommen. Unter der Leitung der italienischen Carabinieri, mit Unterstützung von Europol und Eurojust und unter Beteiligung auch von deutschen Behörden, sind mehrere Objekte durchsucht und insgesamt 13 Personen, davon eine in DEU, festgenommen worden. Die Operation erfolgte im Rahmen von Ermittlungen zu Drogenhandel und Geldwäsche.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/police-detain-13-in-raids-across-europe-targeting-italian-organised-crime>

Europol; Warnung vor Erschwerung von Beweiserhebung durch Home Routing
Europol warnt in einem am 04.07.2024 veröffentlichten Positionspapier davor, dass Technologien zum Schutz der Privatsphäre im sogenannten Home Routing die Beweissammlung der Strafverfolgungsbehörden erheblich erschweren könnten. Diese Technologien würden verhindern, dass Kommunikationsdaten von Verdächtigen, die aus dem Ausland agieren, abgefangen werden können. Kriminelle würden diese Schwachstelle ausnutzen, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Europol fordere eine Debatte über technische Lösungen, die es den Behörden ermöglichen, die Kommunikation von Verdächtigen legal abzufangen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/home-routing-limiting-law-enforcement-evidence-gathering-warns-europol>

Kommission; 210 Mio. EUR für Cybersicherheit und digitale Fähigkeiten: Ausschreibung veröffentlicht

Wie die Kommission am 04.07.2024 bekanntgab, beabsichtigt sie die Cybersicherheit und die digitalen Fähigkeiten in der EU zu stärken. Hierfür hat sie im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Wert von über 210 Mio. EUR veröffentlicht. Im Bereich der Cybersicherheit sollen Mittel zum Schutz großer Industrieanlagen und kritischer Infrastrukturen, den Aufbau, die Unterstützung und die Erweiterung nationaler und grenzüberschreitender Cybersicherheitsoperationszentren sowie den Einsatz modernster Technologien und Werkzeuge für die Cybersicherheit bereitgestellt werden. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten durch die Mittel bei der Umsetzung der EU-Gesetzgebung zur Cybersicherheit und der nationalen Cybersicherheitsstrategien unterstützt werden. Die Frist für Anträge für alle Finanzierungen im Zusammenhang mit der Cybersicherheit ist der 21.01.2025.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/digital>

Kommission; Legale Migration: Stärkung der Zusammenarbeit mit Bangladesch

Am 08.07.2024 hat die Kommission ein neues Programm zur Stärkung legaler Migration mit Bangladesch gestartet. Das Programm soll von der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführt und mit 3 Mio. EUR ausgestattet werden. Ziel ist es, die Mobilität von Arbeitskräften zu fördern und die Zusammenarbeit im Bereich der Migration zu intensivieren.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/legale-migration-eu-kommission-baut-zusammenarbeit-mit-bangladesch-aus-2024-07-08_de

Eurostat; Migration führt zu Bevölkerungsanstieg in der EU

Wie aus den 11.07.2024 veröffentlichten Daten des EU-Statistikamtes (Eurostat) hervorgeht, hat die Migration in die Mitgliedstaaten deren Bevölkerungszahl im Jahr 2023 wachsen lassen. Nach Rückgängen in den Jahren 2020 und 2021 infolge der Corona-Pandemie stieg sie im Laufe des vorigen Jahres zum zweiten Jahr in Folge – und zwar auf 449,2 von 447,6 Mio. im Jahr 2022. Ausschlaggebend war die Migration. Die Nettozuwanderung umfasse insbesondere die Ankunft von Vertriebenen aus der Ukraine, die vor dem von Russland ausgelösten Krieg flohen, heißt es von Eurostat.

<https://r.table.media/CL0/https:%2F%2Fec.europa.eu%2Feurostat%2Fweb%2Fproducts-eurostat-news%2Fw%2Fddn-20240711-1/1/01070190a52bba58-64579b33-85e3-4150-931f-ca24a0b45992-000000/SdkFFFgqcqSQPrUbZUDEzt4bsvO8gaPfAT18MOTO2kQ=163>

Kommission; Kultur; Konsultation; Kulturhauptstädte Europas

Die Kommission hat am 18.06.2024 eine öffentliche Konsultation zum Thema Europäische Kulturhauptstädte lanciert. Die Konsultation wird bis zum 24.09.2024 laufen. Die Kommission möchte in dem Rahmen Einschätzungen zur Zwischenbewertung der Initiative Kulturhauptstädte Europas einholen. Die Initiative Kulturhauptstädte Europas wird aus dem Kulturförderprogramm Kreatives Europa finanziert.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13790-Kulturhauptstadte-Europas-Zwi-schenbewertung-2024_de

EU – Förderprogramme

Kommission; Projektaufruf in Höhe von 325 Mio. EUR im Bereich „Forschung und Innovation“ betreffend die Halbleitertechnik

Am 04.07.2024 gab die Kommission bekannt, dass Projektvorschläge zu Forschung und Innovation in der Halbleitertechnik in den Bereichen Photonik, Kompetenzzentren und einer Cloud-basierten Plattform für Halbleiterdesign eingereicht werden können. Für diese Aufforderungen stehen EU-Mittel in Höhe von insgesamt 325 Mio. EUR zur Verfügung, die durch zusätzliche Mittel der Teilnehmerstaaten des Gemeinsamen Unternehmens für Chips aufgestockt werden sollen. Mit dieser Aufforderungsrunde soll die europäische Halbleiterindustrie weiter unterstützt werden. Die Fristen in den Bereichen Photonik, Kompetenzzentren und Cloud-basierter Plattform enden am 17.09.2024, bzw. 02.10.2024 bzw. 10.10.2024.

[Halbleiterinnovationen: EU startet Projektaufruf in Höhe von 325 Millionen Euro - Europäische Kommission \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/info/news/halbleiterinnovationen-eu-startet-projektaufruf-in-hohe-von-325-millionen-euro-2024-10-02_en)

Kommission; mehrere Ausschreibungen für Cybersicherheit und digitale Fähigkeiten

Die Kommission hat am 04.07.2024 Aufrufe für über 210 Mio. EUR im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ zur Stärkung der Cybersicherheit und der digitalen Fähigkeiten in der gesamten EU veröffentlicht. Im Bereich „Cybersicherheit“ werden u.a. 35 Mio. EUR für Projekte zum Schutz großer Industrieanlagen und kritischer Infrastrukturen bereitgestellt. Daneben werden 12,8 Mio. EUR in den weiteren Aufbau, die Unterstützung und den Ausbau nationaler und grenzüberschreitender Zentren für Cybersicherheitsoperationen fließen. 35 Mio. EUR werden für den Einsatz modernster Cybersicherheitstechnologien und -instrumente bereitgestellt. Schließlich werden 20 Mio. EUR dafür verwendet, um die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Cybersicherheit und der nationalen Cybersicherheitsstrategien zu unterstützen. Die Bewerbungsfrist im Bereich der Cybersicherheit endet am 21.01.2025. Im Bereich „digitale Kompetenzen“ werden 55 Mio. EUR in fortgeschrittene digitale Kompetenzen investiert, um Hochschulprogramme bzw. deren digitale Technologien zu konzipieren und umzusetzen. Um die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Ziele der digitalen Dekade zu unterstützen, werden 25 Mio. EUR in Maßnahmen investiert, die die Umsetzung verschiedener multinationaler Projekte der europäischen digitalen Infrastruktur erleichtern. Weitere 20 Mio. EUR werden für die Weiterentwicklung sog. europäischer lokaler digitaler Zwillinge bereitgestellt. 8 Mio. EUR werden zudem in europäische Beobachtungsstellen für digitale Medien investiert. Die Bewerbungsfrist endet am 21.11. 2024.

V e r a n s t a l t u n g e n

Präsentation des Bundeswettbewerbs Jugend forscht

Am 04.07.2024 hatte der hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, zu einer Präsentation des 59. Bundeswettbewerbs Jugend forscht in die Hessische Landesvertretung in Brüssel eingeladen. Dr. Daniel Giese, Leiter Kommunikation & Public Affairs der Stiftung Jugend forscht e.V., beglückwünschte die Schülerinnen und Schüler zu ihrem Erfolg und erinnerte daran, dass die MINT-Bildung zentral für unsere Gesellschaft sei und das forschende Lernen auch zukünftig weiter gefördert werden müsse. Dem Publikum stellte er die Genese und die Entwicklung des Wettbewerbs Jugend forscht und dessen Ziele vor. Oliver Karplak, Leiter des Hessischen Landeswettbewerbs Jugend forscht, ergänzte die Vorstellung mit einer Präsentation des diesjährigen Wettbewerbs in Hessen. Er zeigte sich u.a. erfreut über die nach der COVID-19-Pandemie nun wieder wachsenden Teilnehmerzahlen. Im Anschluss wurden folgende Projekte vorgestellt: „Mondkratervermessung“ (Robin Söder (12), SchülerForschungsZentrum Nordhessen der Universität Kassel, Hessen); „Eloquentia – KI als Bildungsmöglichkeit für die englische Sprache“ (Dunja Dakovic (15), Kaiserin-Friedrich-Gymnasium, Bad Homburg v.d. Höhe, Hessen); „FALKE – finnenbasierte aktive Lenk- und Kontrolleinheitnehmer“, (Dominik Sadtler (18), Kaiserin-Friedrich-Gymnasium, Bad Homburg v.d. Höhe, Hessen); „Der neue Exoplanet TOI1147b“ (Anna Maria Weiß (18), Einstein-Gymnasium Neuenhagen, Brandenburg); „Bahnablenkung von rollenden Magnetkugeln durch das Erdmagnetfeld“ (Anton Bernotat (17), Julia Mühlbacher (17) und Lena Keil (16), Chiemgau – Gymnasium, Traunstein, Bayern); „Sorting the colors: dimensionsbezogene Generalisierung vergleichsbasierter Sortierung“ (Leo Blume (16), Gymnasium Essen-Werden, Nordrhein-Westfalen). Die Abendveranstaltung war eingebettet in einen von der Landesvertretung organisierten dreitägigen Besuch der Jungforscherinnen und Jungforschern in Brüssel.

Verabschiedung von Konteradmiral Ehle

Am 08.07.2024 feierte der „älteste aktive Soldat der Bundeswehr“, Konteradmiral Jürgen Ehle, seinen Abschied in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Admiral Ehle trat 1977 in die Bundeswehr ein, durchlief dort viele Verwendungen und war mit Unterbrechungen 17 Jahre seiner fast 50jährigen Dienstzeit bei der Marine in Brüssel bei NATO und EU bzw. den deutschen Ständigen Vertretungen bei beiden Organisationen tätig. Vor über 60 Gästen, bestehend aus Admiralen, Generälen, Wirtschaftsvertretern und den beiden MdEPs McAllister und Gahler (beide EVP/DEU), zog Admiral Ehle kurzweilig Bilanz seiner Zeit als Pilot von Hubschraubern und Verbindungsflugzeugen und der Tätigkeit in Ministerien und internationalen Organisationen. Dabei war Thema u. a. die Unterschiede der Marine von 1977 gegenüber den heutigen sehr gewandelten Herausforderungen an Schiffe, Flugzeuge, Hubschrauber und deren Besatzungen. Admiral Ehle stammt aus Limburg an der Lahn, was angesichts der anwesenden Belgier und Niederländer besonderer Erwähnung bedurfte, gibt es doch in beiden Staaten auch Städte, die diesen Namen tragen.

Empfang des AJC Transatlantik Institutes und der interparlamentarischen Europaabgeordnetengruppe „Transatlantic Friends of Israel (TFI)“

Am 10.07.2024 luden das Institut American Jewish Committee (AJC) und die Abgeordnetengruppe Transatlantic Friends of Israel (TFI) im EP zu einem Empfang bei der Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein. Unter den Gästen, unter ihnen MdEP mehrerer Fraktionen und Mitgliedstaaten sowie Botschafter verschiedener Staaten der Welt, stand Israels Botschafter bei der EU H.E. Haim Regev im Mittelpunkt. Botschafter Regev richtete in seiner Begrüßung persönliche Worte an die Gäste, unter ihnen ehemalige Geiseln der Hamas nach dem Überfall vom 07.10.2024 auf Israel respektive ihre Familien, und bat um Solidarität. MdEP Lukas Mandl (EVP/AUT), Leiter der Transatlantic Friends Of Israel (TFI) und des Abraham Accords Network im EP, betonte in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Arbeit der EP-Gruppe für den Frieden in Israel und für die Bekämpfung von Antisemitismus. Daniel Schwammenthal, Direktor des AJC Transatlantik Institutes in Brüssel, schloss die Reihe der Grußworte mit seinen ebenfalls persönlichen Anmerkungen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

keine Sitzung

Rat

15.07.2024	Euro-Gruppe
15.07.2024	Rat Landwirtschaft und Fischerei
15./16.07.2024	Rat Energie (informell)
16.07.2024	Rat Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
16.07.2024	Wirtschaft und Finanzen
22.07.2024	Auswärtige Angelegenheiten
22./23.07.2024	Justiz und Inneres (informell)
24./25.07.2024	Gesundheit (informell)

Europäische Kommission

24.07.2024

Jährlicher Bericht über Rechtsstaatlichkeit

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament Plenarsitzung in Straßburg vom 16.-19.07.2024

- Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Europäischen Parlaments
- Neues Präsidium: Wahl der Vizepräsidenten und Quästoren
- Bekanntgabe der Anzahl und zahlenmäßige Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse, Unterausschüsse und Delegationen
- Abstimmung über Nominierung von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin
- Debatte über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 27.06.2024 mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und der Europäischen Kommission
- Debatte und Entschließung zur Notwendigkeit einer fortgeführten Unterstützung der Ukraine durch die EU

Ausschuss der Regionen

Im AdR finden bis zum 24.09.2024 keine Sitzungen statt.

Europäischer Gerichtshof

EuGH/EuG 15.-26.07.2024

- | | |
|------------|---|
| 17.07.2024 | Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-689/21 Auken u. a. / Kommission und T-761/21 Courtois u. a. / Kommission – Zugang zu Verträgen über die Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen |
| 17.07.2024 | Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-1077/23 Bytedance / Kommission – Benennung von ByteDance (TikTok) als Torwächter |

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 26.07.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA